



FDP | 19.12.2018 - 12:45

Die Verhandlungsschwäche der Bundesregierung



Die EU zieht die Zügel an. Mit 37,5 Prozent weniger CO₂-Ausstößen für Neuwagen ab dem Jahr 2030 hat sie deutlich strengere CO₂-Grenzwerte festgelegt als erwartet. EU-Kommission und Bundesregierung waren zuvor mit 30 Prozent in die Verhandlungen gestartet. "Die Verhandlungsschwäche der Bundesregierung endet im Fiasko", beurteilt FDP-Präsidiumsmitglied Michael Theurer die Pläne der EU. Die neuen Flottengrenzwerte würden "in der deutschen Automobilindustrie massenhaft Arbeitsplätze" gefährden. Statt "erneuter Symbolpolitik" durch Grenzwerterhöhungen müsse das Thema lösungsorientiert angegangen werden.

Die neuen CO₂-Flottengrenzwerte gefährden in der deutschen Automobilindustrie massenhaft Arbeitsplätze, dabei sind sie nutzlos für das Klima. Die Verhandlungsschwäche der Bundesregierung endet im Fiasko. Erneut Symbolpolitik statt Lösungen! [@SvenjaSchulze68](#) [1] [@bmu](#) [2]

— Michael Theurer (@EUTheurer) [18. Dezember 2018](#) [3]

Nach Expertenmeinung seien die neuen Zielwerte nur zu schaffen, wenn die Hersteller neben Diesel und Benzinern immer mehr Elektroautos verkaufen - denn bei diesen wird das CO₂, das zur Stromherstellung genutzt wird, nicht als Emission gewertet. "Das ist eine Farce", so der FDP-Politiker. Erneut mache man Symbolpolitik, statt echte Lösungen zu präsentieren. Es sei dem Klima nicht geholfen, wenn der CO₂-Ausstoß "von einem Sektor in den anderen verlagert wird." Der Schaden, der für die Arbeitsplätze in Deutschland entstehe, sei allerdings enorm, so Theurer.

Die Verhandlungsschwäche der Bundesregierung

Für das FDP-Präsidiumsmitglied ist klar: Man brauche eine komplette Revision der deutschen Klimaschutz- und Energiepolitik, "nicht in den Zielen für 2050, aber in den Mitteln." Der jetzige Dirigismus würde die Probleme nicht lösen. Stattdessen müssten durch Innovationen und Technik Klima- und Umweltschutz auf der einen Seite sowie Ökonomie und Sozialverträglichkeit auf der anderen Seite vereint werden. Die Freien Demokraten wollen deshalb den EU-Emissionshandel als marktwirtschaftliches System für den Klimaschutz nutzen. Eine Ausweitung auf weitere Sektoren wie Verkehr und Wärme müsse vorangetrieben werden, so dass CO2 international und sektorenübergreifend einen einheitlichen Preis bekomme. Im Vergleich zu den planerischen Eingriffen wie dem Erneuerbare-Energien-Gesetz oder den Flottengrenzwerten lasse sich so Klimaschutz deutlich günstiger erreichen, da die Kosten dort entstehen, wo sie am geringsten sind.

[#Stickoxid](#) [4]-[#Grenzwert](#) [5] ist umstritten & [#Messungen](#) [6] werden weder in [#Deutschland](#) [7] noch in der [#EU](#) [8] einheitlich durchgeführt. Deshalb müssen [#Fahrverbote](#) [9] gestoppt werden, bis laufende [#Überprüfung](#) [10] der EU-weiten [#Messstellen](#) [11] durch die EU-Kommission im Frühjahr 2019 abgeschlossen ist. [pic.twitter.com/9maULESftx](https://t.co/9maULESftx) [12]

— Fraktion der Freien Demokraten (@fdpbt) [19. Dezember 2018](#) [13]

Quell-URL: <https://www.liberales.de/content/die-verhandlungsschwaecher-der-bundesregierung>

Links:

[1] https://twitter.com/SvenjaSchulze68?ref_src=twsrc%5Etfw

[2] https://twitter.com/bmu?ref_src=twsrc%5Etfw

[3] https://twitter.com/EUTheurer/status/1075140922172694528?ref_src=twsrc%5Etfw

[4] https://twitter.com/hashtag/Stickoxid?src=hash&ref_src=twsrc%5Etfw

[5] https://twitter.com/hashtag/Grenzwert?src=hash&ref_src=twsrc%5Etfw

[6] https://twitter.com/hashtag/Messungen?src=hash&ref_src=twsrc%5Etfw

[7] https://twitter.com/hashtag/Deutschland?src=hash&ref_src=twsrc%5Etfw

[8] https://twitter.com/hashtag/EU?src=hash&ref_src=twsrc%5Etfw

[9] https://twitter.com/hashtag/Fahrverbote?src=hash&ref_src=twsrc%5Etfw

[10] https://twitter.com/hashtag/%C3%9Cberpr%C3%BCfung?src=hash&ref_src=twsrc%5Etfw

[11] https://twitter.com/hashtag/Messstellen?src=hash&ref_src=twsrc%5Etfw

[12] <https://t.co/9maULESftx>

[13] https://twitter.com/fdpbt/status/1075356911602667520?ref_src=twsrc%5Etfw